

134930-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Bewachungsdienste – Sicherheits- Empfangs- und Streifendienst

OJ S 40/2026 26/02/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stuttgarter Straßenbahnen AG

E-Mail: einkauf@ssb-ag.de

Tätigkeit des Auftraggebers: Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Sicherheits- Empfangs- und Streifendienst

Beschreibung: Empfangs-, Sicherheits- und Streifendienste

Kennung des Verfahrens: 8e07116f-85bf-441f-adbb-c7caa79413ec

Interne Kennung: 190-2026-0001

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79713000 Bewachungsdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 79715000 Streifendienste

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Am Wallgraben 95

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70565

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1) Der Auftraggeber führt als Sektorenauftraggeber ein Verhandlungsverfahren mit Bekanntmachung i.S.d. 4. Teils des GWB und der SektVO durch. Mit dieser Bekanntmachung wird der Teilnahmewettbewerb begonnen, in dem sich die interessierten Unternehmen mit den in dieser Bekanntmachung angegebenen Angaben, Erklärungen und nachweisen um die Aufforderung zur Angebotsabgabe bewerben. Erst eine erfolgreiche Bewerbung mit positiver Eignungsprüfung und -bewertung durch den Auftraggeber führt zur Aufforderung, ein Angebot abzugeben. Dazu werden dann weitere Unterlagen bereitgestellt. 2) Die Übermittlung von Bewerberfragen hat ausschließlich über die Vergabepattform <https://www.tender24.de> zu erfolgen. Auskünfte werden nur auf solche Fragen erteilt, die bis zum 24.03.2026 24.00 Uhr, auf der Vergabepattform eingegangen sind. Der AG wird etwaige Informationen (auch die Formulare) und Beantwortung von Fragen von

Bewerbern zum Verfahren sowie sonstige Klarstellungen des AG, die das Vergabeverfahren betreffen, auf der Internetseite veröffentlichen: <https://www.tender24.de>. Der AG empfiehlt daher allen Bewerbern, täglich den vorbenannten Link zum Abruf von aktuellen Informationen und Klarstellungen des AG sowie Antworten von Bewerberfragen zum Vergabeverfahren zu nutzen. Die Bewerber sollen die vom AG zur Verfügung gestellten Formulare verwenden, ausfüllen und durch die geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise ergänzen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen/Angebote ist nicht ausreichend. 3) Die Bewerber haben zu beachten, dass der Teilnahmeantrag mit Datum und Namen des Erklärenden zu versehen ist. Der Teilnahmeantrag ist entweder von allen Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft oder dem bevollmächtigten Vertreter mit Datum und Namen des Erklärenden zu versehen ist. Die Vollmachten der zeichnungsberechtigten Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind beizufügen. 4) Der Teilnahmeantrag und dessen Anlagen sind digital über die Vergabeplattform <https://www.tender24.de> in deutscher Sprache einzureichen. Die Übersendung in Papierform (per Post oder Kurier), per Telefax oder in elektronischer Form, z. B. mittels E-Mail, ist nicht zulässig. 6) Der Auftraggeber ist berechtigt, bei Bedenken hinsichtlich der Eignung der Bewerber die Vorlage von Originalen oder weiteren Unterlagen zu verlangen. 7) Mit der Benennung der Referenzen stimmt der Bewerber/Bewerbergemeinschaft der Kontaktaufnahme durch den Auftraggeber zu den jeweiligen Referenzgebern zu. 8) Datenschutzhinweise für unsere Geschäftspartner: Siehe unter <https://www.ssb-ag.de/dsgp>

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

sektvo -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Auftragsunterlagen

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Sicherheits- Empfangs- und Streifendienst

Beschreibung: Gegenstand des Vergabeverfahrens ist die Erbringung von Sicherheits und Empfangsdienstleistungen sowie Streifendiensten für das Verwaltungsgebäude der SSB AG am Wallgraben 95 in Stuttgart Möhringen. Der Empfangsbereich ist während der definierten Einsatzzeiten dauerhaft mit mindestens zwei Mitarbeitenden zu besetzen. Der Auftrag umfasst zudem regelmäßige Streifendienste im Innen und Außenbereich. Diese sind sowohl an Werktagen als auch an Wochenenden und Feiertagen zu unterschiedlichen Tages und Nachtzeiten durchzuführen. Für geplante oder kurzfristig erforderliche Zusatzbedarfe - etwa bei Sonderdiensten, Veranstaltungen oder Events - hat der Auftragnehmer zusätzliches qualifiziertes Personal bereitzustellen.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79713000 Bewachungsdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 79715000 Streifendienste

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Nachweisarbeiten der Sicherheitskräfte sind Bedarfspositionen, gemäß Leistungsbeschreibung. Die Abrechnung erfolgt nach Stundensatz.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Am Wallgraben 95

Stadt: Stuttgart
Postleitzahl: 70565
Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/12/2026
Enddatum der Laufzeit: 31/03/2028

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Die Bestimmungen des UN-Kaufrechts finden keine Anwendung.

Die Stuttgarter Straßenbahnen AG behält sich vor, das Verfahren aus sachlichen Gründen, z. B. Mangels Wirtschaftlichkeit, aufzuheben. Ersatzansprüche der Bewerber und Bieter sind - soweit rechtlich zulässig - ausgeschlossen. Mit dem Herunterladen der Bewerbungsunterlagen stimmt der Bewerber dem zu.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Eignungskriteriums: Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Die nachstehenden Angaben/Erklärungen/Nachweise sind von Bewerbern (der Begriff Bewerber wird als Synonym auch für Bergewerbergemeinschaften verwendet) bzw. von jedem Mitglied der Bergewerbergemeinschaft (BewG) sowie von allen für die Leistungserbringung vorgesehenen Nachunternehmern/Unterauftragnehmern vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen/Angebote ist nicht ausreichend. Ausländischen Bewerbern wird die Vorlage vergleichbarer Nachweise gestattet. Soweit Eigenerklärungen verlangt werden, sagt der Bewerber zu, Nachweise auf Verlangen, spätestens jedoch vor Zuschlagserteilung vorzulegen. 1) Bezeichnung des Bewerberunternehmens mit Firma und Anschrift sowie Angabe eines für das Verfahren zuständigen Ansprechpartners, idealerweise mit E-Mail, Telefon- und Faxnummer. Der AG stellt hierzu das Formblatt Anlage 1.1_Teilnahmeantrag zur Verfügung. 2) Aktueller Handelsregister-Auszug oder eine Kopie desselben (zum Schlusstermin) 3) Vorlage einer Eigenerklärung, dass: - Über das Vermögen des Unternehmens weder ein Insolvenzverfahren noch ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet, die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt wurde und dass sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet. - Unterschriebene Eigenerklärung gem. §§ 123, 124 GWB Abs. 1 sowie - soweit anwendbar - § 21 SchwarzArbG, § 21 AentG und § 98 c AufenthG. - Unterschriebene Eigenerklärung gemäß dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG). - Keine in Bezug auf die Vergabe unzulässige,

wettbewerbsbeschränkende Abreden getroffen wurden Der AG stellt hierzu das Formblatt Anlage 1.1_Teilnahmeantrag zur Verfügung. 4) Sofern eine Bewerbung als Bewerbergemeinschaft erfolgen soll, ist mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft unterzeichnete Erklärung einzureichen, aus der sich auch die gesamtschuldnerische Haftung (vgl. Ziff. 5.1.12) dieser Bekanntmachung) im Zuschlagsfall, die Namen sämtlicher Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, ein bevollmächtigter Vertreter und die Absicht, sich im Fall der erfolgreichen Bewerberauswahl zur Bietergemeinschaft auch im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, ergibt. Bewerbergemeinschaften haben in obiger Bewerbergemeinschaftserklärung oder als Anlage zur Bewerbergemeinschaftserklärung eine schriftliche Erklärung folgenden Inhalts vorzulegen: Sämtlich Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bzw. der Vertreter der Bewerbergemeinschaft haben/hat zu erklären, dass die Bildung keinen Verstoß gegen § 1 GWB darstellt. Darüber hinaus ist von den Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft bzw. dem Vertreter dieser zu erklären, inwiefern für das jeweilige beteiligte Unternehmen wirtschaftlich zweckmäßige und kaufmännische Gründe vorliegen, sich nicht alleine um die Auftragsvergabe zu bewerben. . Der AG stellt hierzu eine das Formblatt 1.1_Teilnahmeantrag, welches das Formblatt 1.2 Bieter-/Bewerbergemeinschaftserklärung enthält, zur Verfügung. 5) Der Bewerber kann sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (Eignung) der Fähigkeiten anderer Unternehmen (Dritter/Nachunternehmer /konzernverbundener Unternehmen) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Zum Nachweis der Eignung hat der Bewerber diese Dritten in seinem Teilnahmeantrag zu benennen und die in Ziff. 5.1.9.in dieser Bekanntmachung genannten Angaben/Erklärungen/Nachweise auch für diesen Dritten in dem Umfang vorzulegen, indem er sich auf dessen Fähigkeiten beruft (Eignungsleihe). Mit dem Teilnahmeantrag ist bereits der Nachweis zu erbringen, dass ihm dieser Dritte mit den erforderlichen Mitteln für das Erbringen der Leistungen zur Verfügung steht (z.B. Nachunternehmer-Verpflichtungserklärung). Der AG stellt hierzu das Formblatt 1.1 _Teilnahmeantrag, welches das Formblatt 1.4 Verpflichtungserklärung des Dritten /Nachunternehmers bei Eignungsleihe enthält, zur Verfügung. Diese Verpflichtungserklärung ist dem Auftraggeber spätestens mit der Abgabe des Teilnahmeantrages zur Verfügung zu stellen. Sofern der Bewerber Nachunternehmer einzusetzen beabsichtigt, ohne dass eine Eignungsleihe stattfindet, müssen diese Erklärungen erst unmittelbar vor Zuschlagserteilung eingereicht werden. Der AG stellt hierzu das Formblatt 1.1_Teilnahmeantrag, welches das Formblatt 1.3 Verpflichtungserklärung des Dritten/Nachunternehmer enthält, zur Verfügung. Diese Verpflichtungserklärung ist dem Auftraggeber spätestens mit der Abgabe des Angebotes zur Verfügung zu stellen. 6) Erklärung zur Einhaltung der erlassenen Russlandsanktionen Der AG stellt hierzu das Formblatt 1.5_Eigenerklärung zum BMWK_Rundschreiben_vom_14.04.2022 zur Verfügung. Der AG behält sich vor, weitere Unterlagen beizuziehen bzw. zu verlangen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Auflistung und kurze Beschreibung der

Eignungskriterien: 1) Allgemein Für die Eignungsprüfung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit muss der Bieter, resp. die Bietergemeinschaft einen Mindestumsatz je Kalenderjahr von mindestens 500.000€ vorweisen. Das Unternehmen muss seit mindestens 3 Jahre bestehen. Es müssen mindestens 15 festangestellte Mitarbeiter und mindestens 10 festangestellte Sicherheitskräfte mit Sachkundeprüfung §34a GewO vorhanden sein. Der Auftraggeber stellt hierzu das Formblatt Anlage 1.6.1 Angaben allgemein und Referenzen, zur

Verfügung. 2) Referenzen: Für die Eignungsprüfung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit muss der Bieter, resp. die Bietergemeinschaft, mindestens drei (3) Referenzprojekte innerhalb der letzten 3 Jahre - für Sicherheitsdienstleistungen an 7 Tagen in der Woche inklusive Empfangsdienstleistungen an mindestens 5 Tagen in der Woche in Verwaltungsgebäuden oder vergleichbaren Objekten, mit einer vergleichbaren Objektgröße und Mitarbeiteranzahl, mit dem nachstehend aufgeführten Leistungsumfang, einreichen. Jedes Referenzprojekt muss die folgenden Mindestkriterien erfüllen: -Netto Auftragssumme von mind. 200.000 € pro Jahr -Anzahl der eingesetzten Sicherheitskräfte mit Sachkundeprüfung §34a GewO müssen mindestens 4 sein. -Die Anzahl der eingesetzten Objektleiter muss mindestens 1 sein -Betreute Fläche muss mindestens 5.000qm betragen. -Es muss eine Vertretungsregelung für die Objektleitung vorhanden gewesen sein. Der Auftraggeber stellt die Anlage_1.7_Gesamtwertung Überblick Teilnahmewettbewerb, zur Verfügung. Für jedes benannte Referenzprojekt sind zusätzlich folgende Informationen aufzuführen: -Bezeichnung des Referenzprojektes mit Angabe Firmenname des Referenzgebers und der Auftragsbezeichnung -Erläuterung Auftragsinhalte -Zeitraum der erbrachten Leistung - Nennung der Ansprechpartner beim jeweiligen Referenzgeber, mit Angabe von Tel.Nr. und E-Mailadresse. Der Auftraggeber stellt hierzu das Formblatt 1.6 technische und berufliche Leistungsfähigkeit, zur Verfügung. Es ist sicherzustellen, dass eine Zuordnung der Referenzen aus Formblatt 1.6 technische und berufliche Leistungsfähigkeit und Anlage 1.6.1 Angaben allgemein und Referenzen, möglich ist. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien: Die nachstehenden Angaben/Erklärungen/Nachweise sind von den Bewerbern (bzw. jedem Mitglied der Bergwerksgemeinschaft) sowie von allen für die Leistungserbringung vorgesehenen Nachunternehmern vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen/Angebote ist nicht ausreichend. 1) 1. Der Auftragnehmer hat das Vorhandensein einer nach Versicherungsumfang und -höhe branchenüblichen Haftpflichtversicherung spätestens bei Auftragserteilung nachzuweisen und dazu eine aktuelle Versicherungsbestätigung nicht älter als drei Monate vorzulegen. Die Bestätigung hat die wesentlichen Inhalte des Haftpflichtversicherungsvertrages - bspw. Versicherungssummen, Sublimits (insbesondere Tätigkeits-/Bearbeitungsschäden), Selbstbehalte - zu nennen. Zusätzlich ist zu bestätigen, dass die Beitragszahlung für das laufende Versicherungsjahr erfolgt ist. Die Versicherungssummen im Rahmen der Betriebshaftpflichtversicherung müssen mindestens je Schadenereignis EUR 10.000.000 pauschal für Personen- und Sachschäden betragen, für Vermögensschäden mindestens EUR 1.000.000. 2. Eine aktuelle Versicherungsbestätigung ist jährlich vorzulegen. 3. Der Auftragnehmer ist zur sofortigen Anzeige verpflichtet, wenn der Versicherungsschutz in der vereinbarten Höhe oder dem vereinbarten Umfang nicht mehr besteht. 4. Der Auftragnehmer hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen des Auftraggebers. Zahlungen können vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig gemacht werden. 5. Die vertragliche und gesetzliche Haftung des Auftragnehmers bleibt durch Umfang und Höhe seines Versicherungsschutzes unberührt. 2) Vorlage eines Bonitätsnachweises (z. B. Creditreform, SCHUFA, Arvato Infoscore, Bürgel) zum Schlusstermin, vgl. Ziff. 5.1.12, nicht älter als 6 Monate welcher belegt, dass eine ausreichende Bonität vorliegt (Ausfallrisiko durchschnittlich oder besser). 3) Vorlage von zwei (2) Bescheinigungen, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat und eine entsprechende

Bescheinigung von der Behörde ,zum Schlusstermin, vgl. Ziff. 5.1.12, nicht älter als 6 Monate, beigelegt ist. 4) Aktueller Nachweis der Mitgliedschaft der Berufsgenossenschaft. 5) Aktueller Nachweis der Mitgliedschaft Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) oder vergleichbar 6) Nachweis über eine DIN 77200 Zertifizierung oder vergleichbar. Die Vergabestelle behält sich vor, die Vorlage weiterer Unterlagen beizuziehen bzw. zu verlangen.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 1

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität

Beschreibung: Konzepte

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.tender24.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19c2e4a189b-7a0ec1540950baa0

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 27/04 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: www.tender24.de

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 30/03/2026 11:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Auflistung und kurze Beschreibung der Regeln und Kriterien: Im Teilnahmewettbewerb werden alle eingegangenen Teilnahmeanträge neben den Kriterien "Befähigung Berufsausübung" und Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit" auch auf die "berufliche und technische Leistungsfähigkeit" geprüft und bewertet. Die Bewertung der

"beruflichen und technischen Leistungsfähigkeit" ergibt sich aus der EU-Bekanntmachung und der Anlage 1.7 Gesamtwertung Überblick Teilnahmewettbewerb. Es wird im Teilnahmewettbewerb auf fünf Bieter abgeschichtet. Die fünf Bewerber mit den höchsten Punkten und vollständigem Teilnahmeantrag erhalten die Aufforderung zur Angebotsabgabe. Sollte es im Teilnahmewettbewerb zu einer Punktgleichheit auf dem letzten zu vergebenden Platz kommen, erfolgt eine erneute Gewichtung der betroffenen Bewerber anhand des festgelegten Priorisierungsfaktors 1. Der Bewerber, der nach dieser erneuten Gewichtung die höchste Punktzahl erreicht, wird für die nächste Verfahrensstufe ausgewählt. Besteht auch nach Anwendung des Priorisierungsfaktors weiterhin Gleichstand, wird der Priorisierungsfaktor 2 herangezogen. Sollte es bei dem Platz 5 trotz der beiden Priorisierungsfaktoren zu Punktgleichheit kommen, wendet die Vergabestelle das Losverfahren an. In der Angebotsphase werden die Bieter mit den fünf besten Bewertungen zur ersten Verhandlungsrunde eingeladen. Die zweite Verhandlungsrunde findet vorbehaltlich ausschließlich mit den drei bestbewerteten Bietern statt. Nach Eingang der Angebote prüft die Vergabestelle diese gemäß den bekanntgemachten Zuschlagskriterien; auf Grundlage der Bewertungsmatrix und der erzielten Punktzahlen erfolgt die Einladung zu den Verhandlungsgesprächen. Bei Punktgleichheit auf Platz 3 erfolgt eine erneute Gewichtung der betroffenen Bieter anhand des festgelegten Priorisierungsfaktors in den Konzepten. Sollte es bei dem Platz 3 trotz des Priorisierungsfaktors zu Punktgleichheit kommen, wendet die Vergabestelle das Losverfahren an. Der Auftraggeber behält sich vor, nur eine Verhandlungsrunde durchzuführen, sofern eine weitere Runde für die Entscheidungsfindung nicht erforderlich ist. Der Auftraggeber prüft bei den fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträgen die Eignung der Bewerber in einem dreistufigen Verfahren. Stufe 1: Prüfung auf Vollständigkeit der abgeforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise gemäß 5.1.9. Stufe 2: Vorliegen von Ausschlussgründen inkl. Erfüllung der Mindestanforderungen Stufe 3: Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit gemessen an der zu vergebenden Leistung. Insbesondere auf Stufe 3, deren Prüfung anhand der vom Bewerber / Bewerbergemeinschaft eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise erfolgt, übt der Auftraggeber seinen Beurteilungsspielraum aus. Nur die geeigneten Bewerber werden im weiteren Verfahren berücksichtigt. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insb. Erklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzufordern oder ggf. korrigieren zu lassen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Es findet das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) Anwendung. Daher sind im Teilnahmeantrag auch entsprechende Eigen-/ Verpflichtungserklärungen. Die dem Auftraggeber als Ansprechpartner zur Verfügung stehenden Fachkräfte müssen Deutsch in Wort und Schrift, mindestens Niveau B1 und Englisch Niveau mindestens A2 beherrschen. Der Auftragnehmer hat auf seine Kosten folgende Ausstattungsgegenstände selbst zu stellen: -Online-Wächterkontrollsystem, -Persönliche Ausrüstung (z. B. Dienstaussweis, Dienstkleidung, persönliche Schutzausrüstung, usw.) -entsprechende Dienst-/Wachbücher und Meldeformulare

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: Die Zahlungsbedingungen sind wie folgt: 30Tage/Netto

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe
Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: 1) Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB müssen erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 2) Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aus diesem Bekanntmachungstext erkennbar sind, innerhalb der in der Bekanntmachung benannten Angebots- bzw. Bewerbungsfrist gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 3) Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aus erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, innerhalb der Angebots- bzw. Bewerbungsfrist gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 4) Hilft der Auftraggeber der Rüge nicht ab, kann ein Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer des Landes Baden-Württemberg unter der o.g. Anschrift innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des AG, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, gestellt werden. Der Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit die Voraussetzungen des § 160 Abs. 3 GWB vorliegen. 5) Der Auftraggeber weist zugleich auf die Vorschriften der §§ 134, 135 GWB hin. Insbesondere sind die Fristenregelungen in § 135 Abs. 2 GWB zur Geltendmachung der in § 134 Abs. 1 GWB genannten Verstöße zu beachten.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stuttgarter Straßenbahnen AG

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stuttgarter Straßenbahnen AG

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Stuttgarter Straßenbahnen AG

Registrierungsnummer: DE812884131

Postanschrift: Schockenriedstr. 50

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70565

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Zentrale kaufmännische Services

E-Mail: einkauf@ssb-ag.de

Telefon: 071178852767

Internetadresse: <https://www.ssb-ag.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9886-40
Postanschrift: Kapellenstrasse 17
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 76131
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Landkreis (DE123)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a295a394-9a3f-4f14-9391-32ae8f977dc2 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 17
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 24/02/2026 16:31:33 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 134930-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 40/2026
Datum der Veröffentlichung: 26/02/2026